



## 17. April - Tag der palästinensischen Gefangenen

Am 17. April jeden Jahres gedenken wir weltweit der gefangenen Palästinenser und Palästinenserinnen, die in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind. Nach Angaben palästinensischer Menschenrechtsorganisationen liegt die Zahl derzeit bei ca. 4450 inhaftierten Personen.

In fast allen dieser Fälle ist der Haftgrund der Widerstand gegen Vertreibung und Diskriminierung. Ca. 440 Gefangenen unterliegen der sogenannten Administrativhaft: weder wissen sie, weshalb sie festgenommen worden sind, noch wie lange sie im Gefängnis sein müssen. Oft wird die Haft willkürlich vom Militär verlängert - **ohne Anklage, ohne Urteil**.

„Kritiker der Administrativhaft wie Addameer oder die israelische NGO B'Tselem sehen das Problem vor allem darin, dass ... ein Gefangener auf Basis meist geheimer „Beweis“materialien und ohne Anklage in Haft sitzt. Hinzu kommt, dass im Westjordanland die Administrativhaftzeit unbeschränkt ist. Laut Addameer betrug die bisher längste Zeit acht Jahre.“ (ZEIT Online vom 10.6.2017)

Das Verbrechen der Gefangenen, an die wir heute denken: sie haben sich gewehrt gegen die Gewalt des Staates und der Siedler. Freiwillig haben wir unser Land nicht verlassen und die Vertreibung dauert an bis heute - ohne Aussicht auf ein Ende.

In mehrfacher Hinsicht verstößt Israel dabei gegen geltendes Völkerrecht:

- *Nach der 4. Genfer Konvention und den Römischen Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag (ICC) gilt die Deportation von Personen aus besetzten Gebieten als Kriegsverbrechen. Dies gilt für die militärische Besetzung palästinensischer Gebiete 1967. Auch die massenhafte Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung 1947/48 stellt ein Kriegsverbrechen nach UN-Bestimmungen dar. Letztere können von der Vereinten Nationen nicht umgesetzt werden, da ihre Statuten erst nach der Gründung Israels in Kraft traten.*
- *Mehrere Resolutionen des Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordern Israel auf, die Besiedlung palästinensischen Landes durch zionistische Siedlungen zu beenden bzw. rückgängig zu machen. Auch die Rückkehr von Flüchtlingen wird in UN-Resolutionen gefordert.*
- *Die Verbringung von inhaftierten Palästinensern aus ihrem Land in israelische Gefängnisse gelten nach den Statuten des ICC als „unmenschliche Handlungen“. Die Inhaftierten sind zusätzlich durch Behinderungen wie Checkpoints, Mauer und willkürliche Einreisebeschränkungen von ihren Familien isoliert.*
- *Die Inbesitznahme palästinensischen Landes durch israelische Zivilisten (zionistische Siedler) geht einher mit der aktiven Vertreibung durch Enteignungen, Bedrohung der palästinensischen Bevölkerung und Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Grundlage. Dies trifft sowohl für die palästinensische Minderheit in Israel (in den Grenzen von 1967) als auch für die israelisch besetzten Gebiete zu. Die Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung durch Zerstörung der Ernten, Brandlegung der Felder, Zerstörung von Häusern bis zu Morden werden offen von der israelischen Armee gedeckt; eine Strafverfolgung dieser Verbrechen findet nicht statt. Widerstand gegen diese Bedrohungen sind lebensgefährlich. Meinungsführer und engagierte Menschenrechtler sind häufig Opfer von Schikanen und Festnahmen durch israelisches Militär. Zahlreiche Fälle dieser Menschenrechtsverletzungen sind dokumentiert, auch von israelischen Nicht-Regierungs-Organisationen wie B'tselem oder Breaking the Silence. Wissenschaftler - auch israelische wie Illan Pappé und Simcha Flapan - und Journalisten - auch israelische wie Gideon Levi und Tom Segev - sprechen offen von ethnischer Säuberung Palästinas.*

Nur internationaler Druck wird bewirken, dass Israel als Besatzungsmacht das internationale Völkerrecht anerkennt! Sanktionen sind notwendig, damit die israelische Regierung das Recht des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung anerkennt.

Wir fordern die Mitgliedstaaten der EU und insbesondere die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, jegliches Wegschauen gegenüber den unzähligen völker- und menschenrechtlichen Verletzungen Israels zu beenden.

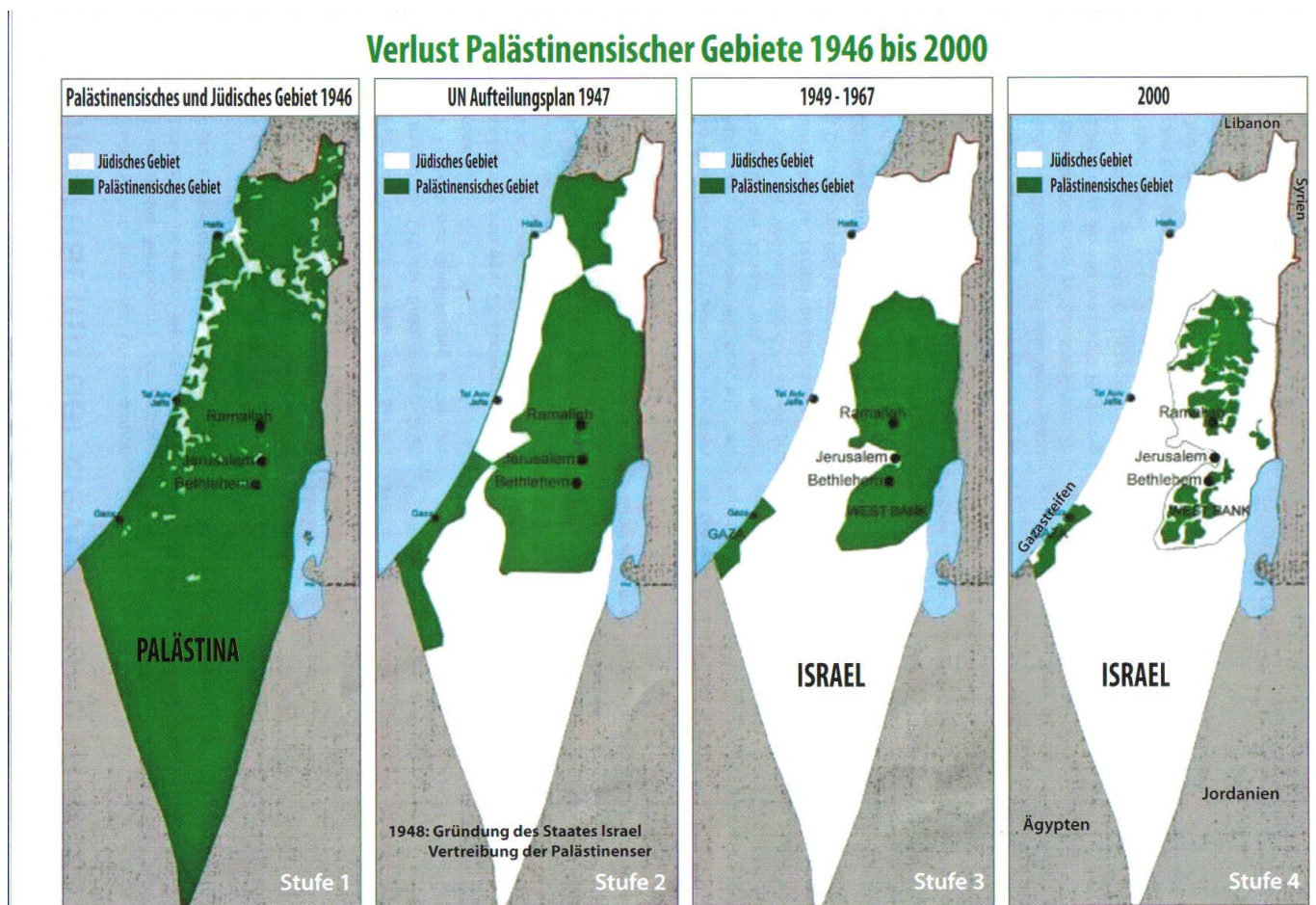
Letztendlich fordern wir die Beendigung der militärischen Zusammenarbeit, bis Israel seine völkerrechtswidrige Politik beendet:

- Freiheit für die palästinensischen Gefangenen!
- Schluss mit den illegalen Siedlungen und der Besetzung der Westbank!
- Abriss aller Mauern und Zäune in der Westbank!
- Beendigung der Blockade des Gaza-Streifens!
- Vollständige Gleichberechtigung der arabisch palästinensischen Bürger Israels!
- Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat!

Wir bitten um Unterstützung unserer Forderungen in jeglicher, ausschließlich friedlicher Form.

**Wir, die Mitglieder der Palästinensischen Gemeinde in Koblenz und Umgebung e. V. fordern eine friedliche Lösung und ein menschenwürdiges Leben für unsere Verwandten und Freunde in Palästina. Dazu brauchen wir die Unterstützung der deutschen Regierung.**

Deutschland ist unsere 2. Heimat geworden. Dafür sind wir Deutschland dankbar. Was aus unserer 1. Heimat geworden ist, können Sie auf der Grafik unten sehen. Können Sie sich vorstellen wie auf dem Land, das auf der Grafik zum Jahr 2000 gezeigt wird, fünf Millionen Menschen leben sollen, eingesperrt von Mauern, Checkpoints und Zäunen? In Europa nannte man solche Gebiete früher Ghettos.



#### Nachtrag

Der palästinensische Kurzfilm "Das Geschenk" ist für einen Oskar nominiert. In 25 Minuten erzählt die Regisseurin Farah Nabulsi die Geschichte des Palästinensers Yusuf, der mit seiner Tochter loszieht, um seine Frau am Hochzeitstag mit einem Geschenk zu überraschen. Ein banaler Einkauf, der für Palästinenser zum Spießrutenlauf werden kann. Alltag in Palästina.

Siehe 3-Sat, <https://www.3sat.de/kultur/kulturzeit/kurzfilm-the-present-von-farah-nabulsi-100.html>

Eine Information der Palästinensischen Gemeinde in Koblenz und Umgebung e. V.  
Infos unter <http://www.palaestina-koblenz.de>